**L-1-193: Demokratie sichern, Diskriminierung bekämpfen**

**Antragsteller*innen** Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

**Von Zeile 192 bis 201:**

Feindeslisten oder illegalen Datenweitergaben – all das belegt, dass der Verfassungsschutz in seiner jetzigen Form zu oft nicht funktioniert, die ~~Aufgabe der Früherkennung in Teilen sogar behindert hat. Tatsächlich mehren sich die Vorfälle, bei denen die Nicht-Weitergabe von strafrechtlich relevanten Informationen durch den Verfassungsschutz und somit der Schutz von Tätern dazu geführt hat, dass noch schlimmere Straftaten stattfanden. Ob eine so grundlegende Reform möglich ist, um eine Behörde zu schaffen, die über jeden Zweifel erhaben ist, ist sehr fraglich. Deshalb fordern wir, eine Alternative für den Verfassungsschutz zu schaffen. Dem soll eine wissenschaftliche Untersuchung der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes vorausgehen, um Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen der aktuellen Herausforderungen neu justieren zu können.~~Kernaufgabe der Früherkennung in Teilen sogar behindert hat.
Die Verfassungsschutzbehörden haben sich in der Vergangenheit immer wieder als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung erwiesen. Immer wieder haben Verfassungsschutzbehörden durch die Nicht-Weitergabe von strafrechtlich relevanten Informationen Täter geschützt oder Straftaten in Kauf genommen. Gerade bei Betroffenen von politisch motivierten Taten beschädigt das massiv das Vertrauen in eine solche Institution. Wir halten es weiterhin für richtig eine Alternative für den Verfassungsschutz zu schaffen. Wir brauchen transparente Informationsgewinnung und müssen die wissenschaftliche Analysefähigkeit stärken sowie nachrichtendienstliche Methoden so begrenzen, dass sie auf die Früherkennung von staatsgefährdenden Straftaten und Terrorismus fokussiert werden. Essentiell ist die Stärkung parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten, denn die bestehenden Informationsrechte in Berlin erschweren die Nachvollziehbar über Informationsgewinnung, nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe. Wir bedauern, dass Schwarz-Rot der von uns geforderten wissenschaftlichen Untersuchung der Arbeitsweise des Verfassungsschutzes eine Absage erteilt hat. Diese ist Grundvoraussetzung um Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen der aktuellen Herausforderungen bewerten und neu justieren zu können.

**Unterstützer*innen**

Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei), André Schulze (KV Berlin-Neukölln), Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte),

Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick), Christoph Wapler (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf), Stefan Taschner (KV Berlin-Lichtenberg), Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg), Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg), Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Tobias Jahn (KV Berlin-Mitte)